

# „DIE LÜCKEN WERDEN IMMER GRÖßER“

Doppelinterview mit Christoph Verenkotte, Präsident des Bundesverwaltungsamtes, und Michael Salomo, Bürgermeister der Gemeinde Haßmersheim, über fehlendes Personal in Behörden und die Folgen.

**Herr Verenkotte. Sie leiten das Bundesverwaltungsamt. Welche Rolle spielt Ihre Behörde auf Bundesebene für die Nachwuchskräftegewinnung im öffentlichen Dienst?**

**Verenkotte:** Das Servicezentrum Personalgewinnung (SZP) im BVA unterstützt Bundesbehörden seit mehr als einem Jahrzehnt bei Personalgewinnungsmaßnahmen. Wir helfen Nachwuchskräfte zu finden. Wir betreuen Ausschreibungen für Verwaltungsfachangestellte, Fachinformatikerinnen und -informatiker oder den Ausbildungsberuf Kaufmann bzw. Kauffrau für Büromanagement. Wir kooperieren mit Hochschulen, von Dualen Verwaltungswirtschaftsstudiengängen über Technische Informatik bis Kommunikationstechnik. Wir veröffentlichen Ausschreibungstexte und organisieren Auswahlverfahren.

Das BVA ist auch selbst Einstellungs- und Ausbildungsbehörde für den mittleren nicht-technischen Dienst in der Bundesverwaltung. Wir versorgen Bundesministerien und -behörden mit Nachwuchsbeamtinnen und -beamten auf der Ebene der Bürosachbearbeitung. Das BVA tritt dazu auch bei Ausbildungs- und Studienmessen auf.

**Herr Salomo. Sie sind Sprecher und Initiator des „Netzwerk Junge Bürgermeister\*innen“. Welche Ziele verfolgt Ihr Netzwerk?**

**Salomo:** Wir sind ein bundesweiter parteiübergreifender Zusammenschluss aktiver Bürgermeister unter 40 Jahren. Unser Ziel ist es, aktuelle Herausforderungen anzusprechen und Lösungen zu erarbeiten. Hierzu gehört der Austausch untereinander aber auch die klare Kommunikation von Missständen an politisch Verantwortliche.

**Herr Verenkotte, laut einer McKinsey Studie werden im Öffentlichen Dienst bundesweit im Jahr 2030 etwa 730.000 Stellen unbesetzt sein, davon sind ca. 400.000 Stellen im gehobenen und höheren Dienst. Wie entwickeln sich die Zahlen in Ihrer Behörde bis 2030?**

**Verenkotte:** Innerhalb der nächsten zehn Jahre wird ein Drittel der Beschäftigten des BVA in Ruhestand gehen, in den nächsten 15 Jahren scheidet mehr als die Hälfte der rund 6.000 Beschäftigten aus.

Das BVA ist mit 150 Aufgaben und 23 Standorten in Deutschland ein attraktiver Arbeitgeber.

Durch den demographischen Wandel und den Fachkräftemangel stehen allerdings alle Behörden vor schwierigen Aufgaben. Wir konkurrieren mit der Privatwirtschaft um gut ausgebildete Beschäftigte. Die Aufgaben, die uns die Gesetzgeber übertragen, wachsen. Der Personalkörper wächst aber nur sehr punktuell und die Lücken werden immer größer. Bereits vor vier Jahren habe ich darauf hingewiesen.

Die Automatisierung und konsequente Digitalisierung aller Verwaltungsprozesse – auch unter Einsatz künstlicher Intelligenz – muss daher schneller vorankommen in Deutschland. Als Bundesverwaltungsamt gehen wir bei der Digitalisierung in vielen Projekten voran. Alle merken indes, wie wenig in den letzten Jahren investiert wurde. Wir brauchen nach der Bundestagswahl ein großes Investitionsprogramm für die Digitalisierung der Verwaltung in der Tiefe. Das 3-Milliarden-Programm zur Umsetzung des OZG kann nur ein Anfang sein, sonst verlieren wir in Deutschland den Anschluss. Auch die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen muss neu gedacht werden.

**Herr Salomo, sehen Sie die Handlungsfähigkeit der Kommunen in Gefahr?**

**Salomo:** Bereits heute sind laut dbb Beamtenebund und Tarifunion rund 185.000 Stellen bundesweit unbesetzt. Allein die 1.101 Gemeinden in Baden-Württemberg kämpfen bereits um die besten Köpfe. Große Städte bieten Fachhochschulabsolventen bereits nach dem Studium A 14 oder A 15 Stellen an. Gerade kleinere Kommunen kommen ins Hintertreffen. Rund die Hälfte der Gemeinden besitzen weniger als 5.000 Einwohner, dies hat zur Konsequenz, dass Amtsleiter auf dem Land selten höher als A 13 eingruppiert werden können. Somit greifen die großen Städte den Nachwuchs bereits nach dem Studium ab.

Dies wird unweigerlich dazu führen, dass Verwaltungsgemeinschaften gegründet werden müssen oder kleinere Kommunen eingemeindet werden. Letzteres bedeutet eine versteckte Gemeindereform seitens der Landesregierung, da die Kommunen den Dienstbetrieb mit wachsender Zuständigkeit nicht mehr aufrechterhalten können. Somit geht der Service für die Bürger als auch die Gewerbetreibenden in der Fläche verloren.

**Wie kann aus Ihrer Sicht ein Ausbildungsberuf im öffentlichen Dienst für junge Leute wieder attraktiver gemacht werden?**

**Verenkotte:** Grundsätzlich werden wir als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen. Wir bieten flexible Arbeitszeiten, mobiles Arbeiten und eine sehr gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ein umfassendes Fortbildungsangebot, Aufstiegsmöglichkeiten – das macht uns für junge Menschen interessant. Glücklicherweise wollen viele junge Menschen auch Verantwortung für unsere Gesellschaft übernehmen, die Zukunft unseres Landes aktiv mitgestalten. Die Rahmenbedingungen aber müssen wir dringend den Erfordernissen einer sich wandelnden und digitalisierten Gesellschaft anpassen. Einzelne Gesetzesänderungen reichen da nicht. Wir arbeiten da gerne mit.

**Welche Lösungsansätze sehen Sie, Herr Salomo?**

**Salomo:** Das Land Baden-Württemberg sollte die Ausbildungszahlen an den Fachhochschulen des Landes deutlich erhöhen. Des Weiteren müssen Weiterbildungen für Quereinsteiger konzipiert und flächendeckend angeboten werden. Der Öffentliche Dienst als Rückgrat der Gesellschaft hat die komplexe Verantwortung der Daseinsfürsorge. D.h. öffentliche Sicherheit, Krankenhäuser, Schulen etc. aufrecht zu erhalten und globalen Herausforderungen, wie dem Klimawandel, der Pandemie oder der Digitalisierung, gerecht zu werden.



**Michael Salomo** ist Sprecher des Netzwerks Junger Bürgermeister\*innen und seit 2014 Bürgermeister der Gemeinde Haßmersheim im Neckar-Odenwald-Kreis. Damals war er mit 25 Jahren der jüngste hauptamtliche Bürgermeister in Deutschland.

Foto: Inna Klingner



**Christoph Verenkotte** ist seit dem 1. März 2010 Präsident des Bundesverwaltungsamtes.